

« Au Burundi, la répression se poursuit dans l'ombre, en toute impunité »

Burundi konnte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auf beständige Grenzen und eine sozio-politischen Struktur aufbauen, die vor der europäischen Eroberung entstanden und, zumindest oberflächlich, auch in der Kolonialzeit erhalten geblieben waren. Für die Gestaltung eines modernen Staates und einer demokratischen Gesellschaft brachte dieses Erbe allerdings keinen Vorteil. Das Land ist heute von einem inneren Konflikt zerrissen, für den die einheimische Gesellschaft keine Lösung findet, und Lösungen von Aussen, ob das die „pax colonia“ von gestern oder die „pax americana“ von heute ist, waren noch niemals von Gutem.

Die deutsche Kolonialherrschaft beschränkte sich auf eine indirekte Verwaltung, auf die Errichtung einer neuen Hauptstadt, Gitega, und die Errichtung von Polizeistationen zur militärischen Kontrolle des Gebiets. Der regierende König (*Mwami*) erhielt, einmal unterworfen, formale Anerkennung, doch musste er gegenüber seinen Fürsten eine Schwächung seiner politischen Position hinnehmen. 1915 kam es nach dem Tod von Mwami Wezi zur Inthronisation eines Kindes, *Mwami* Mwambutsa IV. (1915-1966). Nach dem Ersten Weltkrieg übernahm Belgien im Auftrag des Völkerbunds die „Treuhandschaft“ über Ruanda-Urundi. Die belgischen Beamten verstärkten mit Unterstützung der katholischen Mission die Kontrolle des Monarchen und der politischen wie wirtschaftlichen Systeme. Steuern, Arbeitsmigration, die Einführung einer landwirtschaftlichen Exportproduktion (Kaffee und Baumwolle) und die Umgestaltung der traditionellen Oberschicht zu einer modernen, kolonial bestimmten Elite schufen ein soziales und wirtschaftliches Gebilde, in dem individueller Profit dominierte und alte Formen der Zusammenarbeit ausgehöhlt wurden oder ganz verschwanden.

Die Einführung westlich-demokratischer Institutionen festigte die politische Position des *Mwami* und des Adels und machte es ihnen möglich, sich von der Kolonialverwaltung zu emanzipieren, während die breite Bevölkerung, gemeinhin als „Hutu“ klassifiziert, Bedeutung und Aufstiegschancen verlor. Gleich welche Kriterien zur Begründung der Differenz „Hutu“ vs. „Tutsi“ – Ethnos, Status, Besitz, Bildung, Tradition – herangezogen werden, brachte die Anpassung der burundischen Gesellschaft an eine westliche, globale Umwelt eine Vertiefung dieser Differenz.

Die Belgier integrierten die Treuhandgebiete im Zwischenseengebiet wirtschaftlich wie politisch in ihre Kolonie Kongo. Urundi konnte die Hoffnungen der Belgier nicht erfüllen, die es zum Gemüse- und Fleischlieferanten für die kongolesischen Minengebiete entwickeln wollten. Ähnlich wie in Rwanda brachte die Kolonisierung für die Bauern Urundis Zwangsarbeit für Trägerdienste und den Ausbau der Verkehrswege. Mit der zunehmenden Vernetzung der einzelnen Regionen im Zwischenseengebiet kam es wiederholt zu Ausbrüchen von Seuchen und zur Verbreitung von Krankheiten wie Malaria, Meningitis, Pocken und Grippe. Besonders drastisch für eine Wirtschaft, die ursprünglich durch Viehhaltung geprägt war, war die Rinderpest. In seinem informativen Beitrag zu den Folgen der Kolonisierung stellt Roger Botte fest: *„Die koloniale Eroberung brachte nicht nur den Ruin dieser Gesellschaften, sondern frass auch die menschlichen Körper auf.“*

Verwaltung und Mission förderten die Angehörigen der Oberschicht und es kam so zur Bildung einer modernen staatstragenden Elite der Tutsi, während die breite Bevölkerung („Hutu“) die Lasten der Kolonisierung tragen musste und im Vergleich zur vorkolonialen Zeit an Einfluss und Einkommen Schaden litt. Nach 1945 entsprach Belgien den Forderungen der UNO und ihres *Conseil de tutelle* mit der Einführung neuer politischer Institutionen, die dem Namen nach demokratisch

waren, de facto aber nur die Oberschicht an der Entwicklung des Staates teilnehmen liessen.

Die international kontrollierten Wahlen im September 1961 brachten einen Wahlsieg der UPRONA (*Union pour le Progrès National*, „Nationale Fortschrittsunion“) unter Führung von Louis Rwagasore, einem Sohn von Mwambutsa IV. Rwagasore wurde Ministerpräsident, fiel jedoch bereits nach wenigen Tagen einem Attentat zum Opfer. Mit der Beseitigung des progressiven Politikers kamen die Mörder sowohl den Interessen des Hofes wie konservativen belgischen Politikern entgegen.

Wie in den meisten „neuen Staaten Afrikas“ dominierte die postkoloniale Politik Burundis die Tendenz zur autoritären Herrschaft, zuerst des Mwami, später unterschiedlicher Militärherrscher. Auf tragische Weise verschärft wurde die Auseinandersetzung durch die Instrumentalisierung der „ethnischen“ Differenz, wobei – wie anderswo auch – Regionalismus zusätzlich eine Rolle spielte. Immer häufiger kam es zu Gewaltakten und Massaker. 1972 schliesslich fielen bis zu 300.000 Menschen, in erster Linie Hutu, einem Genozid zum Opfer.

Ein Umsturzversuch durch Offiziere der „Hutu-Fraktion“ im Oktober 1965 leitete einen Regimewechsel ein. Nach einem kurzen Thronwechsel übernahm die Armee unter Michel Micombero (und mit ihm die „Tutsi-Fraktion“ in der Armee) die Regierung. Das politische Instrument der Militärregierung wurden die UPRONA, seit 1966 auch *de iure* Einheitspartei, und ihre Miliz.

Mit dem Ende der Monarchie 1966 begann eine Zeit der Militärdiktaturen. In den 1980er Jahren führte der Druck von Aussen (vor allem mittels Entwicklungshilfe) zu einer „Rezivilisierung“ des Regimes und zu einer oberflächlichen Einbindung von Hutu ins politische System, ohne dass allerdings die von Tutsi dominierte Armee ihre Vormachstellung aufgeben hätte. So brachte die „neue Welle der Demokratisierung“ in den 1990er Jahren keine Lösung des Hutu-Tutsi-Konfliktes, sondern verschärfte das Klima der Gewalt. Ein Bürgerkrieg brach aus und kostete 300.000 Menschen das Leben; weit über 1 Million lebten als Vertriebene im Land oder in Nachbarstaaten. Die Landwirtschaft, von der über 90% der Bevölkerung lebten und die mit dem Export von Kaffee und Tee den Staat finanzierte, verlor je nach Sektor zwischen einem Viertel und einem Drittel ihrer Produktivität. Rebellen wie nationale Armee beraubten die Bauern und zündeten ihre Wohnstätten, Felder und Pflanzungen an; es kam regional zu Hungersnöten.

Internationale Friedensverhandlungen in Arusha brachten die meisten, doch nicht alle Parteien an einen Tisch. Trotz des Vertrags von 2000 ging der Kleinkrieg weiter. Eine neue Verfassung sollte 2005 den Ausgleich zwischen den „ethnischen“ Fraktionen sichern, doch zeigte die politische Entwicklung, dass dem 2005 gewählten Präsidenten Nkurunziza mehr am Erhalt seiner Macht als an der Einhaltung des Übereinkommens von Arusha gelegen war. 2015 erzwang er gegen die Verfassung eine dritte Amtszeit. Es kam zu blutigen Unruhen, die 80 Menschenleben forderten und erneut eine Flüchtlingswelle auslösten. Die meisten Geber von Entwicklungshilfe reagierten auf die Niederschlagung der Proteste mit Sanktionen.

Für die Wahlen von 2020 schlug Nkurunziza General Ndayishimiye vor, der nach gewonnener Wahl das Amt vorzeitig übernahm, da der Präsident im Juni 2020 – vermutlich an Corona – gestorben war. Schien es anfangs, als würde der neue Staatschef mit der Politik seines Vorgängers brechen, so waren Erleichterungen für die Medien, das Treffen mit Oppositionellen der Diaspora in Brüssel und die Versöhnungsschritte Richtung Rwanda nicht mehr als Massnahmen, um die internationale Gebergemeinschaft zur Aufhebung der Sanktionen zu bewegen. Die Regierungsumbildung 2022 erwies sich als Ergebnis parteiinterner Fraktionskämpfe, die Parteimiliz *Imbonerakure* bekam erneut wichtige Aufgaben und 2023 wurde der

Congrès national pour la liberté (CNL), die wichtigste Oppositionspartei, suspendiert.

Anfang 2024 schloss Burundi die Grenzen zu Rwanda, dem es die Unterstützung der Rebellengruppe Red Tabara vorwirft, die von der DR Kongo aus seit 2015 Angriffe gegen die Regierung in Burundi führt. Menschenrechtsorganisationen berichten laut *Human Rights Watch* von Morden, Entführungen, willkürlicher Verhaftung und Folter. Gegenüber früheren Jahren hat sich nichts geändert. Am 29.04.2019 schrieb Lewis Mudge in *Le Monde*: "*In Burundi geschieht Unterdrückung im Verborgenen, in voller Straflosigkeit*" - „Die Menschen in Burundi zeigen sich zunehmend frustriert [...]. Ein Jahr vor den Wahlen von 2020 erscheint es wahrscheinlich, dass die [Garantie der] Straflosigkeit zunehmend Gewalt gegen und Repression der Opposition fördern wird. Die Übergriffe finden in Burundi vor allem versteckt statt. Die Regierung tut was sie kann, um die Wahrheit zu verstecken indem sie Andersdenkende zum Schweigen bringt.